Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezugsmonatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. **Einzelnummer 10 Rpf.,** außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Zifferanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 7 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: 21 93 61 — 21 93 66

Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 204 × Mittwoch, 1. September 1937 45. Jahrgang

Schwenkung der französischen Spanienpolitik?

Oeffnung der Pyrenäengrenze erwogen — Wanderschau der HJ.-Heime — Bedeutsame Reden in Stuttgart

Schlacht bei Schanghai

Die Japaner greifen auf breiter Front an

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Schanghai, 1. September. (United Preß)

Die erwartete große japanische Offensive hat heute morgen begonnen. Nachdem die Japaner im Laufe der Nacht bei Wusung weitere umfangreiche Truppenlandungen durchgeführt hatten, entbrannte auf einer 18 Kilometer langen Front nördlich und westlich von Schanghai eine erbitterte Schlacht, bei der auf beiden Seiten alle Kampfmittel eingesetzt werden.

Längs der ganzen Front stehen die Dörfer in der fruchtbaren Jangtseniederung in Flammen. Der von den brennenden Häusern aufsteigende Rauch mischt sich mit dem krepierender Granaten. Riesige Rauchschwaden ziehen sich längs der ganzen Kampflinie hin. Die Front erstreckt sich von einem Punkt am Wangpu, etwa in der Mitte zwischen Schanghai und dem gestern von den Japanern eroberten Wusung, durch Hangphong und Luihong in Richtung auf Ktaing. Am heftigsten sind die Kämpfe, nach dem Geschützfeuer zu schließen, jenseits von Kiangwang, nordöstlich des von den Japanern besetzten Teiles der internationalen Niederlassung.

Ein Sprecher der japanischen Flotte teilte mit, daß japanische Kriegsschiffe und Marineflugzeuge eine umfassende Aktion gegen sämtliche von der Küste aus zu erreichende militärische Stützpunkte der Chinesen unternehmen würden. Sämtliche Forts und Militärflugplätze würden mit Bomben belegt. Später warnte der Sprecher in einer Erklärung an die ausländische Schiffahrt vor dem Passieren der Schanghaier Kampfzone. Die Warnung erfolgte, weil gestern ein französischer Handelsdampfer durch das bei Wusung liegende japanische Geschwader hindurchfuhr.

Am Dienstag wurden abermals Angriffe japanischer Flieger auf Südchina durchgeführt. Die gestrigen Luftangriffe beschränkten sich nicht auf die militärischen Anlagen von Kanton selbst, sondern wurde bis zu dem 150 Kilometer nördlich von Kanton gelegenen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Schinkwan ausgedehnt, wo das Gebäude des Fernsprechamts zerstört und eine Reihe von Zivilisten verletzt wurden. In Kanton wurden außer dem Militärflugplatz fünf Uebungslager der Kantoner Anstalt der Militärakademie mit Bomben belegt. Tunghan, der Wohnsitz der meisten in Kanton lebenden Europäer, blieb von dem Bombardement verschont.

Britische Kriegsschiffe getroffen

× London, 1. September. (Durch Funkspruch)

Die beiden englischen Kriegsschiffe „Danae" und „Falmouth" wurden in der Nähe von Schanghai mehrmals von Schrapnellfeuer getroffen, ohne daß nennenswerter Schaden angerichtet wurde. Ebenso wurde der britische Handelsdampfer „Shengking" getroffen, als er bei Wusung vorbeifuhr. In keinem der Fälle sind Verwundete zu beklagen.

Die Cholera in Schanghai

Bisher fünf Erkrankungen — Umfassende Vorkehrungen

× London, 1. September. (Durch Funkspruch)

Wie aus Schanghai gemeldet wird, wurden in der französischen Niederlassung fünf Cholerafälle festgestellt. Man führt die Erkrankungen auf die schlechten gesundheitlichen Bedingungen zurück, unter denen die chinesischen Flüchtlinge leben. Die Behörden der internationalen Niederlassung haben energische Maßnahmen getroffen, um eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Alle in der internationalen Niederlassung stationierten britischen Truppen sind geimpft worden.

Die Choleraepidemie hat, wie verlautet, vorläufig keinen ernsten Charakter. Die Niederlassungsbehörden erklären, daß für die ausländischen Bewohner der Niederlassung keine Gefahr bestehe. Die Kommandanten der amerikanischen Kriegsschiffe bei Schanghai haben trotzdem vorsichtshalber alle Bewilligungen von Landurlaub zurückgezogen.

Besprechungen in London

Will Paris volle Handlungsfreiheit? — Enthüllungen der englischen Presse

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

London, 1. September. (Durch United Preß)

Diplomatischen Kreisen zufolge finden augenblicklich in London Besprechungen zwischen England und Frankreich statt, die darauf zurückzuführen seien, daß Frankreich beabsichtige, seine Politik gegenüber Spanien zu ändern. Als Grund dafür seien die Angriffe auf Handelsschiffe im Mittelmeer und die italienische Haltung Spanien gegenüber zu betrachten. Wie verlautet, soll Außenminister Eden bei Unterhaltungen mit dem französischen Beauftragten Cambon Frankreich ersucht haben, keine Schritte zu unternehmen, die die Schwierigkeiten des Nichteinmischungsausschusses vermehren würden.

„Daily Telegraph" meldet aus Paris, daß das französische Kabinett in seiner gestrigen Sitzung die Möglichkeit der Revision seiner Stellungnahme zum spanischen Konflikt erwogen habe. Es sei keineswegs unmöglich, daß die Pariser Regierung es für angebracht halten werde, mitzuteilen, daß sie sich zur Wiederaufnahme der vollen Handlungsfreiheit berechtigt halte. Frankreich sei mit der ganzen Entwicklung der Nichteinmischung zufrieden, wünsche aber andererseits nicht, die Fühlungnahme mit der englischen Regierung zu verlieren. Aus diesem Grunde habe das französische Kabinett in seiner gestrigen Sitzung keinen Beschluß gefaßt. Es habe sich aber über folgende zwei Möglichkeiten unterhalten:

1. Die Oeffnung der französischen Grenze für Freiwillige und möglicherweise auch für Munition.

2. Ein sofortiger Appell an den Nichteinmischungsausschuß, um von dem Telegrammaustausch zwischen Franco und Mussolini Kenntnis zu nehmen.

In politischen Kreisen bestehe der Eindruck, daß die Kammer, wenn sie zur Zeit tagen würde, die Verordnung über das Freiwilligenverbot nicht weiter verlängert hätte. Unter den gegenwärtigen Umständen werde die Grenzkontrolle weiterhin durchgeführt werden. Jedoch sei die französische Regierung zu dem Schluß gekommen, daß, nachdem die Verordnung abgelaufen sei, Freiwillige, die die Grenze nach Spanien überschreiten würden, nicht mehr bestraft werden könnten.

„Mißlungenes Ablenkungsmanöver"

„Messaggero" über die französischen Bemühungen

× Rom, 1. September

Unter der Ueberschrift „Eine mißlungene Initiative, London macht den Quai d'Orsay auf die Realitäten aufmerksam", verzeichnet der „Messaggero" in einem Bericht aus London mit sichtlicher Befriedigung das negative Ergebnis eines Schrittes, den der französische Geschäftsträger beim Foreign Office unternommen habe. Wie der Londoner Bericht betont, habe ein im Zusammenhang mit dem Telegrammwechsel Franco—Mussolini unternommener Vorstoß im Foreign Office eine durchaus ablehnende Aufnahme gefunden. Der französische Geschäftsträger hätte auch keinen unpassenderen Augenblick wählen können, um so mehr, als sein Schritt den Zweck gehabt habe, die Aufmerksamkeit von der flagranten Verletzung der Nichteinmischung durch die französische Regierung abzulenken, die ihrerseits das Anwerbeverbot der Freiwilligen nicht erneuert habe.

Sowjetdampfer bei Algier versenkt

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 1. September

Vor der algerischen Küste ist am Montag der Sowjetdampfer „Timiriasew" versenkt worden. Die 29 Köpfe starke Besatzung, darunter drei Frauen, hatte Zeit, sich zu retten. Ihre Boote wurden von algerischen Fischern in Tau genommen. Der Kapitän behauptete bei der Ankunft in Algier, sein Schiff sei ohne Warnung von einem Unterseeboot torpediert worden. Ohne die Spur eines Beweises zu haben, bezeichnet der marxistische „Daily Herald" dieses U-Boot als italienisches und knüpft daran die entsprechenden Betrachtungen.

Der Ausfall des marxistischen Blattes ist ein Beispiel für die Hilfsstellung, die von der englischen Oppositionspresse seit einigen Tagen der neuen französischen Kampagne gegen die Nichteinmischung geleistet wird. Man möchte in den Linkskreisen das Versagen der Seekontrolle als Vorwand benutzen, um auch die Landkontrolle zu Fall zu bringen. Es ist möglich, daß der in der letzten Sitzung des Nichteinmischungsausschusses den Regierungen überwiesene

Sachverständigenbericht zur Kontrollfrage

alle diejenigen, die an einem solchen Ausgang interessiert sind, zu neuen Anstrengungen anspornt. Der Bericht ist, wie bereits gemeldet, außerordentlich umfangreich und von sehr ungleichmäßiger Wichtigkeit. Er stellt dementsprechend eine Fundgrube für mehr oder minder gutgläubige Mißverständnisse dar. Der „Daily Herald" schlägt heute anscheinend wiederum auf Grund von sowjetrussischen Informationen, Alarm wegen der angeblich die nationalspanische Seite begünstigenden Tendenz des Berichts. Dem Blatt zufolge sollen die Sachverständigen vorschlagen, an die Stelle der Seepatrouille, die auf Grund des englischen Kompromißplans von Mitte Juli fortfallen würde, nicht eine Kontrolle in den spanischen Häfen zu setzen, sondern die ganze Frage offen zu lassen. Dagegen seien die Sachverständigen entschieden für sofortige Wiederherstellung der Landkontrolle an der französisch-spanischen Grenze (während die portugiesische Landkontrolle, für die bekanntlich England allein verantwortlich ist, außerhalb ihrer Zuständigkeit liegt).

Französische Vorstellungen in London

Die Darstellung ist offensichtlich dazu bestimmt, die französische Regierung bei den Vorstellungen zu unterstützen, die sie am Montag durch ihren hiesigen Geschäftsträger beim englischen Außenminister erhoben hat und die sich hauptsächlich gegen Italien richten. Die Stimmung gegen Italien ist, nach dem kurzen Zwischenspiel Chamberlain—Mussolini, auch in London nicht freundlich. Es ist jedoch nicht bekannt, welche Ratschläge Eden dem französischen Geschäftsträger erteilt hat, als dieser ihm die Absicht seiner Regierung ankündigte, in der nächsten Sitzung des Nichteinmischungsausschusses u. a. auch die Rolle der italienischen Freiwilligen bei der Einnahme von Santander zur Sprache zu bringen und ein gemeinsames Vorgehen der Mittelmeeranrainer zum Schutze der Handelsschiffahrt einzuleiten. (Aus Paris wird berichtet, daß die französische Regierung derartige Absichten bestreitet wenigstens fürs erste! Sie behalte sich aber vor, „bei andrer Gelegenheit auf den Fall zurückzukommen". Diese Formulierung läßt vermuten, daß Frankreich eine Art Kuhhandel für die bevorstehende Genfer Tagung vorbereitet, und zwar auf der Linie Spanienpolitik—Abessinien.)

Ueberraschendes Auslaufen britischer Kriegsschiffe

× London, 1. September

Wie aus Gibraltar berichtet wird, sind der britische Flottillenführer „Hardy" und das Kriegsschiff „Hyperion" Dienstagnacht ganz unerwartet mit Volldampf aus dem dortigen Kriegshafen in östlicher Richtung in See gegangen. Als Grund dieser plötzlichen Ausfahrt wurde bisher noch keine Erklärung abgegeben. Die Offiziere und Mannschaften, die sich an Land befanden, wurden von Sonderpatrouillen aus Bars und Hotels an Bord der Kriegsschiffe gerufen.

Im Brennspiegel

Die Tagung in Sinaia

Es ist merkwürdig: wenn sich die Außenminister der Kleinen-Entente-Staaten zu zweien treffen oder wenn sie mit Staatsmännern zusammenkommen, die nicht den Staaten der Kleinen Entente angehören, gibt es immer viel mehr Interessantes und Positives zu berichten, als wenn sich die Außenminister der Kleinen Entente, wie es in den Statuten dieses Staatenbundes vorgeschrieben ist, zu ihren regelmäßigen Besprechungen zusammenfinden. Die Konferenz in dem rumänischen Sommerkurort Sinaia, die am 31. August zu Ende ging, macht keine Ausnahme. Im Gegenteil: der amtliche Bericht über ihren Verlauf ist von ganz besonders seltener Dürftigkeit. Es wird in diesem Bericht erklärt, die Kleine Entente sei „zu entschlossen, alles zu unterstützen, was den Frieden durch eine Besserung der internationalen Zusammenarbeit festigen könnte". Sie will weiterhin an den Grundsätzen des Völkerbundes und an der Nichteinmischungspolitik in der spanischen Frage festhalten. Wie in jedem Bericht über eine Tagung der Kleinen Entente wird die „weitere Vertiefung" der Handelsbeziehungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente festgestellt. (Sie müßten Bergwerkstiefe haben, wenn man alle die Berichte der letzten Jahre, in denen jemals eine „weitere Vertiefung" festgestellt wurde, wörtlich nehmen wollte.) Schließlich wird der Auftrag an den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland, der eine Untersuchung über die Möglichkeiten einer allmählichen Lockerung der Absperrungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet anstellen soll, von Herzen begrüßt.

Im übrigen aber stellt man erneut „die völlige Uebereinstimmung in allen behandelten Fragen" fest. Der Ton liegt auf dem Wort „behandelten". Denn die Fragen, über die man sich nicht einig ist, hat man wohlweislich überhaupt nicht auf die Tagesordnung gesetzt, obwohl gerade diese Fragen die wichtigsten sind. Die wirkliche Außenpolitik der Kleinen-Entente-Staaten wird nicht mehr im Ständigen Rat gemacht, sondern in den einzelnen Hauptstädten. Und diese Politik geht in den wesentlichen Punkten stark auseinander. Jugoslawien hat sein Verhältnis zu Bulgarien und Italien ohne Befragung der übrigen Entente-Mitglieder selbständig geregelt. Rumänien hat die Beziehungen zu Polen auf eine festere Grundlage gestellt. Und in beiden Staaten prägt sich immer stärker die Tendenz aus, eine Abwehrfront gegen die Sowjetunion zu bilden — gegen genau die gleiche Sowjetunion, mit der Prag aufs engste verbündet ist. Das Wort „Frankreich" kommt, bemerkenswerterweise in dem Bericht überhaupt nicht vor. Die Konferenz scheint ein stilles Begräbnis gewisser französischer Vorschläge gewesen zu sein, für die Herr Hodscha den Rumänen Tatarescu in jener einiges Aufsehen erregenden Besprechung am Vorabend der Konferenz vergeblich zu erwärmen versuchte.

Das Programm des Reichsparteitages

Das ausführliche Programm der Veranstaltungen auf dem Reichsparteitag 1937 veröffentlichen wir auf Seite 5.

„Kinderreiche Mieter erwünscht!"

Draußen in Striesen ruft von einer Tafel im schmalen Vorgarten eines hohen Hauses seit Monaten ein nun schon verwitterter Zettel: „Wohnung zu vermieten!" Keine Viertelstunde vergeht, ohne daß Vorübergehende davor halt machen. Männer lassen die Blicke hinauf zu einer Reihe geschlossener Rolläden wandern. Frauen, an der Hand ein kleines Mädel, das Brüderchen im Kinderwagen wird ungeduldig. „Wohnung zu vermieten . . ." vielleicht . . . doch da fällt der Blick auf ein Bleistiftgekritzel in der Ecke des Papiers. Den Kopf gesenkt, geht die Frau weiter.

Was stand da?

Einer, der böse Erfahrungen gemacht hatte, hatte da seinem Zorn Luft gemacht:

„Kinder sind hier unerwünscht . . ."

Das gibt es. Gibt es noch. Darf es künftig nicht mehr geben.

Einen bedeutsamen Appell erließ im ganzen Reich nach einer Erhebung über die Leerwohnungen der Reichsbund der Haus- und Grundbesitzervereine: Neben dem regionalen Austausch von Mietgesuchen und -angeboten sollen die Bewohner von Wohnungen, die über ihren Raumbedarf